Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk. 6.—, Halbjährig Mk. 12.—, Ganzj. Mk. 24.—, Einzelnummer 50 Pf. — Verlag, Auslieferung u. Schriftleitung d. „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.

Sonder-Nummer:
Ostjuden in Deutschland

Anzeigen: Die viergesp. Millimeter-Zeile 70 Pf. — Wiederhol. Rabatt. — Familien-Anz. Ermäßigung. — Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdisch. Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheck-Konto: München 3987.

Ausgabe A | Nr. 42 / 21. Oktober 1921 | 8. Jahrgang





1921 Wochenkalender 5682

	Oktober	Tischri	Bemerkung
Sonntag	23	21	הושענא רבא
Montag	24	22	שמיני עצרת
Dienstag	25	23	שמחת תורה
Mittwoch	26	24	
Donnerstag	27	25	
Freitag	28	26	
Samstag	29	27	שבת בראשית

Das Jüdische Echo

Nummer 42 — 21. Oktober 1921 — 8. Jahrgang

Ostjuden in Deutschland.

Dr. Paul Nathan.*)

Die nachfolgenden Ausführungen sind zu dem Zweck verfaßt worden, um die jüdische Öffentlichkeit über das „Ostjudenproblem“ aufzuklären, soweit es innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches in die Erscheinung tritt.

Wir haben in Deutschland 60 000, vielleicht etwas mehr, vielleicht etwas weniger Ostjuden, die zum Teil schon seit vielen Jahrzehnten in Deutschland ansässig sind, die zum Teil während des Krieges im Interesse der Munitionsherstellung aus den besetzten russischen Gebieten nach Deutschland (überwiegend zwangsweise) gebracht worden sind, und es gibt endlich eine dritte Kategorie von Ostjuden bei uns in Deutschland, die vor den Pogromen, die sich in Polen abgespielt haben, über die Grenzen flüchtend, zu uns gekommen sind.

Durch die Agitation der Antisemiten sind diese Erscheinungen ganz außerordentlich aufgebauscht worden. In antisemitischen Kreisen, aber auch in irregeleiteten christlichen und jüdischen Kreisen gelangte man zu der Annahme, daß es sich um Hunderttausende und Hunderttausende von Ostjuden handele, die die deutschen Grenzen überschritten hätten und nunmehr die Wohnungsnot bei uns verschärften, die Lebensmittelknappheit erhöhten, und überdies sollten diese Scharen die Kriminalität in außerordentlicher Weise vergrößern.

Nichts von alledem entspricht der Wahrheit.

Die Zahl der Personen, um die es sich handelt, ist eine eng begrenzte und bei einem 60 Millionen-Volk, wie es auch heute noch Deutschland bewohnt, kann ein Zuwachs wie jener im vorliegenden Falle überhaupt nicht ernst ins Gewicht fallen.

Vor allem aber muß daran festgehalten werden, daß die Zahl der in Deutschland befindlichen Ostjuden sich schon seit längerer Zeit nicht mehr vermehrt hat, sondern abnimmt. Ein neuer Zustrom ist seit langem unmöglich, da die Grenzen nach Osten abgesperrt sind, und durch einen fortgesetzte Abwanderung der Ostjuden nach Westen, nach den Vereinigten Staaten und in geringem Grade nach Palästina, vermindert sich in nicht unerheblichem Umfang und überdies beständig ihre Zahl bei uns.

Es ist also ein agitatorisches Märchen, daß Deutschland von Ostjuden überflutet wird. Es muß des ferneren immer wieder klargestellt werden, daß jene Ostjuden, die in Deutschland tatsächlich vorhanden, keineswegs ausschließlich als Pogromflüchtlinge zu betrachten sind.

Die bei uns jetzt wohnhaften Ostjuden setzen sich vielmehr, worauf nochmals hingewiesen sei, aus drei Kategorien zusammen.

Ein Teil der Ostjuden ist lange vor dem letzten großen Kriege in Deutschland eingewandert. Sie konnten ihren Wohnsitz in Deutschland bleibend wählen, weil die damalige kaiserliche Regierung, wie die Regierungen der Einzelstaaten aus wohlerwogenen wirtschaftlichen Gründen die Anwesenheit dieser jüdischen Elemente als zweckmäßig und nützlich im deutschen Interesse betrachteten. Denjenigen Personen, die amtlich das Wirtschaftsleben zwischen dem Kaiserlichen Deutschland und dem damaligen Zarenreich zu beobachten hatten, war es bekannt, daß ein sehr erheblicher Teil des deutsch-russischen Warenverkehrs durch diese Ostjuden vermittelt wurde, die damit eine in hohem Grade nützliche Funktion für den deutschen Handel zu erfüllen hatten. Diese Funktion wird dann wieder aufgenommen werden können, wenn geordnete politische und wirtschaftliche Verhältnisse im Osten Platz greifen; voraussichtlich in nicht zu langer Zeit. Jenen Personen, die früher für unsere Handelsbeziehungen von erheblichem Wert gewesen sind, — sie werden es demnächst wieder sein, — den Aufenthalt in Deutschland zu erschweren und zu verleiden, würde unmittelbar eine durch nichts gerechtfertigte Schädigung der Entwicklungsmöglichkeit deutscher Wirtschaft bedeuten.

Die zweite Kategorie der bei uns zur Zeit sich aufhaltenden russischen Juden sind jene, die unter milderem oder stärkerem Zwange aus den Ostgebieten des damaligen Rußland zu uns hinübergeführt worden sind, um in den deutschen Waffen- und Munitionsbetrieben während des Krieges Verwendung zu finden, und um damit deutsche Arbeiter aus jenen Fabriken zur Verwendung an der Front freizubekommen. Diese Elemente, die durch ihre Mitarbeit, insbesondere bei der Munitionsfabrikation, sich um die Verteidigung Deutschlands verdient gemacht haben, nunmehr gegen ihren Willen in die östlichen Gebiete zurückzuschicken, wäre eine unkluge Barbarei, deren Wirkung zweifellos zum Nachteile Deutschlands ausschlagen müßte. Eine solche Handlungsweise würde zweifellos von unseren Feinden überall jenseits der Grenze in gebührender Weise gegen die deutsche Republik ausgenutzt werden, und Deutschland würde keine Verteidiger in diesem Falle bei jenen finden, die geneigt sind, unsere demokratische Politik vorurteilslos zu betrachten.

Genau so stände es aber auch mit jener letzten Kategorie von östlichen Juden, die sich bei uns aufhalten, weil sie vor den Greueln der Pogrome zu flüchten gezwungen waren. Schiffbrüchige auf das offene Meer zurückzustoßen, galt immer für barbarisch, und als eine Pflicht der Küstenbewohner betrachtet man es, Gestrandeten zu helfen; diese Pogromflüchtlinge sind Schiffbrüchige, die sich mit Mühe aus dem Meere östlicher Vergewaltigung zu retten versucht haben.

Menschlichkeit wie Klugheit empfiehlt uns in Deutschland also eine Politik, die es ermöglicht, die heute bei uns anwesenden Ostjuden in einer Weise zu betreuen, daß sie dem deutschen Wirtschaftsleben und dem deutschen öffentlichen Leben nicht zur Last fallen, daß sie sachgemäß untergebracht, bekleidet, beköstigt, zur Arbeit angehalten werden, immer unter sorgfältigster Berücksichti-

*) Vorwort zum Heft 2 der Schriften des Arbeiterfürsorgeamtes. Philoverlag, Berlin. Zu haben in der Ewer-Buchhandlung, Wagmüllerstr. 19.

gung der Tatsache, daß diese aus Osten zugewanderten Unglücklichen nicht zu einem ernsten Übel werden, durch das das deutsche Leben geschädigt und beeinträchtigt wird.

Diese große und bedeutungsvolle Aufgabe hat das „Arbeiterfürsorgeamt“ zu lösen. Die Arbeit, die dieses Institut vollbracht hat, ist nach meiner Ansicht eine vortreffliche. Die großen Schwierigkeiten, die vorhanden gewesen sind, wurden nach Möglichkeit bewältigt. In welcher Weise, darüber geben die nachstehenden Einzelberichte Auskunft.

Diese selben Aufgaben bleiben auch in Zukunft zu lösen, und eine neue Aufgabe wird immer stärker in den Vordergrund treten. Es wird dafür gesorgt werden müssen, daß die in Deutschland befindlichen Ostjuden, die schon jetzt in beträchtlicher Menge aus Deutschland abwandern, schließlich in immer größerer Anzahl Ländern zuströmen, die für das Fortkommen der jüdischen Auswanderer besonders geeignet sind.

Wer die Tätigkeit des „Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisation Deutschlands“ vorurteilslos in der Vergangenheit beobachten konnte, und wer die Aufgaben überblickt, die dem Arbeiterfürsorgeamt in Zukunft noch zu lösen verbleiben, der muß im Interesse der Gesamtheit der deutschen Juden und im Interesse der geflüchteten Ostjuden den dringenden Wunsch hegen, daß auch in der Zukunft sich die nötigen Mittel für die Tätigkeit dieser Organisation in Deutschland bei Gemeinden, bei humanitären Vereinen und Einzelpersonen aufbringen lassen.

Die Beträge sind nicht gering zu veranschlagen, die hergegeben werden müssen. Werden sie aber in entsprechendem Umfang in Deutschland zur Verfügung gestellt, so werden die amerikanischen Glaubensgenossen, die so ungeheure und bewundernswerte Opfer für die Ostjuden bereits gebracht haben, ihre Hilfe auch in der Zukunft nicht versagen.

Ich möchte wünschen und hoffen, daß die nachfolgenden sachlichen Ausführungen und meine kurzen einleitenden Worte dazu beitragen, die Gebefreudigkeit der Juden in Deutschland anzuregen, damit die Fortführung einer Tätigkeit ermöglicht wird, die im Interesse Deutschlands, im Interesse des deutschen Judentums und im Interesse menschlicher Humanität unbedingt erforderlich ist.

Das Arbeiterfürsorgeamt.

(Alle diese Zahlen beziehen sich nur auf die direkte Fürsorge der Zentrale Berlin. Die von den örtlichen Fürsorgestellen behandelten Fälle sind hier nicht einbegriffen. Die Leistungen der Fürsorgestellen in der Provinz sind in ihrer Gesamtheit ungefähr in der gleichen Höhe zu veranschlagen.)

Das Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands, ursprünglich entstanden aus einer jüdischen Abteilung der Deutschen Arbeiterzentrale und einer jüdischen Abteilung der deutschen Gewerkschaften, hat in eigenartig zusammenhängender Weise den politisch-konsularischen Schutz der jüdischen Arbeiter in Deutschland und ihre sozial-fürsorgerische Betreuung übernommen. In der Tat sind diese beiden Zweige der Fürsorgetätigkeit bei den eigenartigen Verhältnissen des ostjüdischen Arbeiters in Deutschland gar nicht zu trennen. Von der Vertretung seines Heimatstaates, besonders Polen, oft preisgegeben, durch die Ungeklärtheit der staatsrechtlichen Verhältnisse im nahen Osten oft überhaupt ohne jeden konsularischen Schutz, als „Staatenloser“, war der jüdische Arbeiter an sich der Willkür und dem Antisemitismus unterer Polizeiorgane preisgegeben. Treueste sorgfältigste Arbeit, die Anerkennung und der gute Wille seines Arbeitgebers konnten ihn oft nicht auf seiner Arbeitsstelle halten. So kam es, daß zahlreiche ostjüdische Arbeiter gegen ihren Willen gezwungen waren, die Großstädte, wo sie doch leichter Unterschlupf vor den Verfolgungen und Schikanen finden konnten, aufzusuchen. Da griff das Arbeiterfürsorgeamt ein. Es gelang angesichts der besonderen Verhältnisse der ostjüdischen Arbeiter, für die es zum Teil auch bei anderen ausländischen Arbeitern keine Parallelerscheinung gibt, die Anerkennung dieser besonderen Lage durch entsprechende ministerielle Verfügungen zu erreichen. So konnte das Arbeiterfürsorgeamt, finanziell besonders durch amerikanische Gelder dazu instand gesetzt, daran gehen, die im Interesse der ostjüdischen Arbeiter selbst, im Interesse aber auch der deutschen Volkswirtschaft an einer sozialpolitischen Regelung der ostjüdischen Arbeiterfrage in Deutschland liegenden Dezentralisierung der ostjüdischen Arbeiter von den Großstädten fort, insbesondere in die Industriebezirke hinein, vorzunehmen. Der Verbindung zwischen konsularisch-politischer Tätigkeit und sozialer Fürsorge, die für den plötzlich arbeitslos Gewordenen durch Gewährung von Unterkunft und Beköstigung für eine gewisse Zeit, durch Gewährung von Reisezuschüssen nach ihm nachgewiesenen Arbeitsstellen, einsprang, die für Arbeiter Arbeiterwohnungen in Baracken schuf, billige und gute Arbeiterküchen errichtete, ist es zu danken, wenn den heute in Deutschland befindlichen, seit 1919 zugewanderten und hiergebliebenen höchstens 55—60 000 Ostjuden wohl über 35 000 im Lande dezentralisiert, in der deutschen Industrie arbeiten und nur noch etwa 20—25 000 in Berlin sich befinden. Die konsularisch-politische Tätigkeit war es, die durch Erleichterung der Legitimierung, Schutz gegenüber antisemitischen Maßnahmen einzelner Behörden, Schutz vor unberechtigten Ausweisungen, die Produktivierung der ostjüdischen Arbeiterschaft in Deutschland ermöglichte; die soziale Fürsorge war es, die die so geschaffenen Möglichkeiten für den jüdischen Arbeiter ausnutzte, zu seinem eigenen Wohle, im Interesse des Staates und im Interesse der gesamten deutschen Judenheit, die mit Stolz auf das Vorhandensein einer jüdischen Arbeiterschaft in Deutschland hinweisen kann. Dieses ganze geleistete Werk ist, das muß gesagt werden, schwer bedroht, da die bisher vom American Joint Distributions Comitte zur Verfügung gestellten Subventionen eingestellt worden sind. Höchste Anstrengung der deutschen Judenheit ist erforderlich, um das notwendige Werk weiterzuführen.

*

Das Büro des Arbeiterfürsorgeamtes in Berlin wurde im Laufe eines Jahres von zirka 65 000 Petenten aufgesucht.

Seit Mai 1920 wurden über 24 000 statistische Karten für Einzelfälle ausgestellt.

Es wurden zirka 12 500 Ausweisungsfälle behandelt, der weitaus größte Teil mit Erfolg.

In 14 000 Fällen wurde von unserer Stelle ein deutsches Legitimationspapier besorgt.

Heimatspapiere wurden in 5600 Fällen beschafft.

In unserer Herberge in der Wiesenstraße wurden durchschnittlich monatlich zirka 8000 Personen beherbergt.

Es wurden durchschnittlich in einem Monat 20 100 Mittagessen, 7290 Frühstücke, 6390 Abendessen ausgegeben.

In der Zeit vom 1. 1. 1921 bis 31. 5. 1921 wurden durch uns zirka 2000 Personen in die Heimat gesandt.

In der Toynbeehalle in Berlin (in der hebräische, jiddische, deutsche, polnische, russische Zeitungen aufliegen) wurden durchschnittlich im Monat 11 000 Portionen Tee verabreicht.

An Kleidung haben wir durchschnittlich monatlich verausgabt:

a) Männersachen: 160 Hemden, 180 Unterhosen, 200 Paar Strümpfe, 100 Paar Schuhe, 90 Hosen, 28 Jaketts, 4 Westen, 35 ganze Anzüge, 17 Mäntel, zirka 140 Kragen, Vorhemden usw.

b) Frauensachen: 15 Hemden, 15 Beinkleider, 8 Blusen, 8 Röcke, 15 Paar Schuhe, 28 Paar Strümpfe, 8 Unterröcke, 10 Mäntel, zirka 150 div.

In der Herberge in der Wiesenstraße wurden durch den Heimarzt behandelt: von Oktober 1920 bis 31. Mai 1921: 1. Revierkranke 343, 2. ins Krankenhaus überwiesen a) Insassen 109, b) Auswärtige, die aber unter der Fürsorge des AFA. stehen 45, insgesamt also 154, 3. Ambulant Behandelte 1210. Als Gesamtzahl ergibt sich die Ziffer von 1707 Personen.

Fürsorgestellen im Reich

Berlin, Auguststr. 17; Allenstein, Kaiserstraße; Beuthen, O.-S., Hohenzollernstraße 11; Bochum, Wittelsbacher Str. 5; Breslau, Freiburger Str. 12; Chemnitz, Brückenstr. 1; Dresden, Zeughausstr. 2; Duisburg, Quergasse 4; Frankfurt a. Main, Langestraße 30; Hamburg, Hartungstr. 9/11; Kattowitz, O.-S., im Hause der Synagogengemeinde; Köln a. Rh., Mozartstr. 56; Königsberg, Köttelstr. 11; Königshütte, O.-S., Poststr. 2; Mannheim, F 3, 13a; Saarbrücken, Futterstr. 25; Stettin, Elisabethstr. 10; Leipzig, Löhrstr. 10.

Die politische Tätigkeit des A. F. A.

Dem Arbeiterfürsorgeamt ist es gelungen, durch die Errichtung zahlreicher Stellen in der Provinz, durch die sofort einsetzende Sammlung von Material dort und bei der Zentrale Berlin, die Staatsregierung objektiv und ausreichend zu informieren. Offenbar hat diese informatorische, die Verhältnisse ungeschminkt, objektiv darstellende Tätigkeit der jüdischen Organisationen die Regierung in ihrem Entschluß, die Regelung der Ostjudenfrage in Deutschland auf dem Wege der Sozialpolitik zu betreiben, bestärkt. Was dies bedeutet, kann man ermessen, wenn man bedenkt, wie stark oft die Interessen der einzelnen Ressorts mit einer im gesamten Staatsinteresse liegenden sozialpolitischen Lösung der Ostjudenfrage kollidierten. Es ist erreicht worden, daß bei allen irgendwie grundsätzlichen Entscheidungen, die die ostjüdischen Arbeiter in Deutschland betrafen, das Arbeiterfürsorgeamt herangezogen wurde, um ein Urteil über die Möglichkeit und Durchführbarkeit etwaiger Maßnahmen, soweit sie speziell Ostjuden betrafen, oder soweit sie die ostjüdischen Arbeiter auch nur berührten, abzugeben. Wenn die Regierung dem drängenden Ansturm von antisemitischer Seite auf eine Lösung der Ostjudenfrage in Deutschland durch unzweckmäßig radikale Gewaltmaßnahmen bisher standgehalten hat, so ist dies der aufklärenden Wirksamkeit der in Betracht kommenden jüdischen Organe zu danken, die stets das Problem, in seinen innen- wie außenpolitischen Zusammenhängen darstellend, gleichzeitig auf die praktische Undurchführbarkeit irgendwelcher Gewaltmaßnahmen in großem Maßstabe hingewiesen haben. Darüber hinaus hat das Arbeiterfürsorgeamt aber durch praktische Sozialpolitik, Dezentralisation und Produktivierung der zunächst nach den Großstädten strömenden jüdischen Arbeiter sein Teil dazu beigetragen, durch positive Leistungen die Schwierigkeit des vorhandenen Problems zu mindern.

Dem schnellen Ausbau der Organisation im Frühjahr des vergangenen Jahres ist es zu danken, daß tausende von jüdischen Arbeitern Arbeitsstellen im besetzten Rheinland-Westfalen und in Oberschlesien gefunden haben und trotz aller durch die Besetzung entstehenden Schwierigkeiten auf ihren Arbeitsstellen verbleiben konnten. Hier wären, darauf muß nachdrücklichst hingewiesen werden, ohne die nur durch Zentralisation der politischen Tätigkeit geschaffene direkte Verhandlungsmöglichkeit mit den zentralen Regierungs- wie auch Besatzungsbehörden, Katastrophen nicht zu vermeiden gewesen. In diesem Zusammenhang muß an dem Beispiel Bayerns, das zu spät zu einer solchen Zentralisation der politisch-konsularischen Fürsorge für die heimatlosen Ostjuden schritt, gezeigt werden, wie notwendig gerade diese Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes ist. Man darf annehmen, daß auch die bayerische Regierung bei ausreichender Information durch eine von dem Vertrauen der gesamten jüdischen Öffentlichkeit getragene Stelle Maßnahmen, wie die Ausweisung aller „Ausländer" (lies Ostjuden) binnen 5 Tagen wohl nicht getroffen hätte.

Die Fürsorge für die ostjüdischen Flüchtlinge.

Aber auch die Interessen der Flüchtlinge selbst werden durch die Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes in einer Weise wahrgenommen, die gerade durch die Verbindung der politisch-konsularischen Tätigkeit mit der sozialen Hilfstätigkeit wohl ihresgleichen sucht. Durch die über das ganze Reich verzweigte Organisation ist es möglich, eine sachgemäße, umsichtige Sozialpolitik zu betreiben. Es ist durch die täglich bei der Zentrale einlaufenden Meldungen über die Lage in den einzelnen Bezirken möglich, wenn es nottut und wo es nottut, die veränderte Sachlage zu berücksichtigen, Entlastungen vorzunehmen oder durch Zuweisungen von neuen Arbeitern, wo sie gebraucht werden, eine sich darbietende Gelegenheit für die Flüchtlinge rasch auszunutzen. Durch die bei der Zentrale zusammenlaufenden wöchentlichen Berichte über die Lage in den einzelnen Provinzen, über die Tätigkeit und Absichten der einzelnen Provinzialbehörden, der Landesarbeitsämter usw. ist bei der Zentrale ein umfassendes Material vorhanden, das wiederum durch die Herausgabe eines internen Informationsblattes allen Fürsorgestellen

zugängig gemacht wird. Darüber hinaus wird dieses Material im Interesse der Flüchtlinge bei den zentralen Behörden verwandt. Nur so, auf Grund der genauen Kenntnis der Sachlage und der Wirkungen etwa beabsichtigter Bestimmungen ist es möglich, die Regierung bei ihren Entschlüssen und Maßnahmen, die direkt oder indirekt ostjüdische Arbeiter in Deutschland betreffen, durch gutachtliche Äußerungen zu unterstützen. Der Flüchtling selbst wird nicht mehr wahl- und ziellos von einem Ort zum anderen geschoben, ein Verfahren, das sich an sich schon durch die ungeheure Erhöhung der Fahrpreise verbieten sollte, aber leider von einzelnen Gemeinden immer noch geübt wird, sondern er wird durch die vom Arbeiterfürsorgeamt unterhaltenen oder von ihm subventionierten Institutionen so lange am Orte festgehalten, bis die Möglichkeit eines Einsatzes an produktiver Stelle für ihn vorhanden ist. So ist die Kategorie der „Wanderarmen“ fast völlig zum Verschwinden gebracht worden, zum Segen der ostjüdischen Flüchtlinge selbst, die nicht mehr als Schnorrer betrachtet werden können, sondern von allen, die sie kennen, als ehrlich arbeitendes Element geachtet werden. Mit Hilfe der vom American Joint Distribution Committee zur Verfügung gestellten Gelder sind Einrichtungen geschaffen worden, die es ermöglichen, wie oben erwähnt, den Flüchtling längere Zeit am Orte zu belassen, wie u. a. in der bereits mehrfach genannten Herberge des jüdischen Flüchtlingsheimes im alten Asyl des Berliner Asylvereins, ferner in Baracken im Industriebezirk als Arbeiterwohnungen. Große Anstrengungen der deutschen Judenheit werden notwendig sein, um, wenn die vom American Joint Distribution Committee zur Verfügung gestellten Subventionen ausbleiben, das Hilfswerk aufrecht zu erhalten. Die deutsche Judenheit wird sich, daran zweifeln wir nicht, dieser Aufgabe nicht entziehen, deren Lösung, wenn sie im bisherigen Sinne geschieht, dem Interesse des Staates und der deutschen Judenheit nicht minder dient als dem der ostjüdischen Flüchtlinge.

Die Enttäuschung.

Wir haben, solange es ging, von den Verhältnissen der Ostjudenheit in Deutschland geschwiegen. Wir sahen unsere Brüder bedroht und wollten ihre Stellung nicht erschweren. Aber berechtigte Zurückhaltung wird zur falschen Scham, Schweigen zum Verschweigen, wenn dadurch verderbliche Zustände gedeckt oder verdeckt werden.

Als Tausende jüdischer Soldaten in Galizien, Polen und Rußland das Ostjudentum entdeckten, als Tausende jüdischer Arbeiter aus diesen Gebieten auf Befehl der Obersten Heeresleitung nach Deutschland deportiert wurden, als die Katastrophe im Osten zahlreiche jüdische Flüchtlinge über die Grenze spülte, da erwarteten viele, daß dies ungeheure Unglück ein Glück für die entwurzelte deutsche Judenheit sein würde. Ja die Besten standen erschüttert vor diesen Trümmern eines ihnen äußerlich fremden, innerlich vertrauten Volkes, dessen eigenartige Kultur, dessen Geistigkeit und ungeheure Vitalität ihnen überwältigend zu Bewußtsein kam. Nur so erklärt sich jene Begeisterung, jene Aufnahmefreudigkeit, die lange allem Ostjüdischem gegenüber bestand. Damals errangen sich Perez, Scholem Alechem und andere die Beachtung der deutsch-jüdischen Öffentlichkeit, damals erschienen in deutschen Verlagsanstalten Sagen und Legenden des jüdischen Volkes. Nicht nur Snobismus, nicht nur Augenblicksrausch begeisterte sich in jenen Tagen für jüdische Volkslieder, nicht nur Sentimentalität oder Romantik fand Geschmack an den Judenköpfen Strucks und den Hagadaillustrationen Budkos, nicht nur sensationslüsterne Literaten oder Ästheten mühten sich um die jüdische Mystik und die Ekstasen des Chassidismus. Man nehme doch wieder einmal gute Zeitschriften aus jener Zeit, den „Juden“, „Ost und West“, die „Neuen Jüdischen Monatshefte“ zur Hand und man wird erkennen, welche jüdischen, menschlichen und politischen Möglichkeiten in wenigen Monaten verloren gegangen sind.

Gewiß standen schon damals die „Offiziellen“, die Masse der jüdischen Deutschen all dem unwillig und uninteressiert gegenüber. Aber auf die kam und kommt es ebensowenig an, wie auf die Deklarationszionisten oder die Novembersozialisten, die heute so und morgen oder übermorgen anders können. Die Jungen, die Schöpferischen, die Tätigen und Nachdenklichen waren ergriffen, die Träger jüdischen Geistes und jüdischen Willens waren bereit zu lernen und zu lieben.

Damals hätte die Brücke zwischen Ost und West geschlagen werden können. Eine Synthese zwischen dem starken Judentum des Ostens und der Fülle und der Organisationskraft des Westens: welche Perspektive, welche Möglichkeiten! Vielleicht waren sie der älteren Generation verschlossen; dann war es Sache der Jugend, danach zu streben. — Es entstand das jüdische Volksheim in Berlin; aber es blieb nach kurzem Aufschwung hier und anderswo beim Versuch.

Gewiß trifft schwere Schuld an solchem Scheitern die deutschen Juden, auch die Nationaljuden, auch die Zionisten. Aber das wesentliche Verschulden tragen als die jüdisch Stärkeren die Ostjuden. — Wir wissen wohl, daß Elend ein schlechter Lehrmeister des Gemeinsinns ist, daß

im Kampf um das nackte Leben leicht über der täglichen Mühe nationale Verbundenheit und Verpflichtung vergessen werden, daß der Anreiz groß ist, sein Schicksal von der allgemeinen Not zu trennen und sich als Einzelnen in Sicherheit zu bringen. Wir hätten es gut verstanden, wenn in der ersten schweren Zeit eine Überschätzung materieller Güter, die sonst in jüdischer Art nicht liegt, Raum gewonnen hätte. Wir hätten schließlich ohne viel Bedauern schnell reich Gewordene missen können, die ihre neue Stellung zu genießen und daher in die deutsch-jüdische entjudete Gesellschaft hineinzuwachsen wünschten. —

Aber wir werden es nie verstehen, daß sich Massen von Ostjuden besonders in den großen Städten vom Leben, von den Hoffnungen und Aufgaben der Gesamtjudenheit schmählich fernhalten, daß führende ostjüdische Vereine, mögen sie Achi Eser, Ahawas Zion, Gesamtausschuß der Osjuden oder sonstwie heißen, nichts zu sein wünschen als baalbattische Unterstützungsorganisationen oder bestenfalls Synagogenvereine, in denen noch dazu persönlicher Ehrgeiz und Geltungsbedürfnis eine schlimme Rolle spielen. Wir werden es nie verzeihen, daß man es verlernt zu haben scheint, für große jüdische Dinge mehr als Worte zu geben, daß die alte jüdische Kultur des Spendens vielfach verloren gegangen ist. Wir wollen es nicht begreifen, daß sogar die Jugend so oft richtungs- und hemmungslos geworden ist und in Kinos, Kaffeehäusern und Tanzlokalen, bei Geschäft und Vergnügen sich mit einer Schnelligkeit ihrer Umgebung anpaßt, die sie alle Vorzüge des Ostjudentums verlieren, die des Westjudentums nicht gewinnen läßt. —

Gottlob gibt es noch ein anderes Ostjudentum, auch in Deutschland, ein Ostjudentum der Arbeit, und des Idealismus. Das müht sich in Fabriken und Bergwerken, das „lernt“ nach der Art der Väter, oder kämpft mit heißem Herzen um der Menschheit und des Judentums große Gegenstände. Auch hier gibt es Irrungen und Wirrungen, viel Gefährliches und unsere Zukunft Gefährdendes. Aber diese Orthodoxen und Atheisten, diese Zionisten und Bundisten, diese Sozialisten aller Richtungen, die sich oft erbittert bekämpfen, sind in ihrer Mehrzahl Menschen reinen Willens und so Bürgen jüdischer Erneuerung.

Wir aber haben die Aufgabe, immer und immer wieder um die Seele auch der anderen zu ringen. Können wir sie nicht gewinnen, so sind doch wenigstens ihre Kinder nicht verloren, noch nicht verloren. Die in Breslau blühende „Awodah“, die im Volksheimsinne arbeitet, weist den Weg.

Hindern die ostjüdischen Vereine die Gesundung, so mögen sie verschwinden. Die Ostjuden gehören prinzipiell in die allgemein-jüdischen Organisationen; denn letzten Endes sind Ostjudentum und Westjudentum zufällige Zustände, Schutzvereinigungen der Ostjuden zur Wahrung ihrer speziellen wirtschaftlichen oder politischen Interessen: gut! Aber die jüdische Zukunft und die Arbeit dafür ist unsere gemeinsame Sache.

Solche Erkenntnis durchzusetzen ist vor allem Pflicht der Zionistischen Organisation. Sie hat kostbare Zeit verloren. Sie möge bald die Männer finden und die Mittel aufbringen, die sie braucht, um den endgültigen Verlust wertvoller Kräfte zu hindern. Bald könnte es zu spät sein. — G—.

Die Stellung der Ostjuden in Deutschland.

Vor einiger Zeit hat das Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands in Berlin als 2. Heft in der Reihe seiner Schriften eine Broschüre „Ostjuden in Deutschland“ herausgegeben, die uns willkommene Veranlassung bietet, unsere Leser mit diesem Teil des Judenproblems in Deutschland bekanntzumachen. Die Broschüre, deren Lektüre aufs wärmste empfohlen werden kann, bringt in sachlicher Darstellung eine wertvolle Übersicht über Zahl und Gliederung der Ostjuden in Deutschland und über die Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes.

Daß die Ostjudenfrage in Deutschland zu den brennendsten und schwierigsten politischen Problemen gehört, ist den Lesern dieser Blätter nicht neu. Es gibt wenig vom Unglück Deutschlands, an dem nicht gerade die Ostjuden Schuld sein sollen und es wäre nicht verwunderlich, wenn gelegentlich etwa die Dürre des vergangenen Sommers den Ostjuden zur Last gelegt würde. Angesichts dieses Zustandes ist das erstaunlichste an der ganzen Organisation der Ostjuden-Fürsorge in Deutschland (in erster Linie der sowohl politisch als sozial außerordentlich umfangreichen Tätigkeit des „Arbeiterfürsorgeamtes“), daß sie nahezu ohne jede aktive Mitwirkung der Ostjuden durchgeführt wird. Vielleicht die schwierigste und beachtenswerteste Seite des ganzen Ostjudenproblems in Deutschland ist die Passivität, welche in den ostjüdischen Siedlungen zutage tritt. Hier ist offenbar noch immer nicht annähernd das Verständnis für die Lage erwacht, in denen sich diese schwächste und exponierteste Bevölkerungsgruppe im Deutschen Reiche befindet. Man mag diese Tatsache zum Teil damit erklären, daß wir es hier mit völlig zusammenhangslosen, aus den verschiedensten Teilen des Ostens stammenden Bevölkerungselementen zu tun haben, die außerordentlich langsam zu einer sozialen Gemeinschaft zusammenwachsen, deren Gemeinschaftsgefühl andererseits durch die auf sie einstürmenden Einflüsse der neuen Umgebung fortwährend geschwächt wird.

Im Städtchen des Ostens ist die Gemeinschaft der jüdischen Siedlung eine außerordentlich enge und die Kontrolle, die die öffentliche Meinung ausübt, sehr scharf. Demgemäß ist das Pflichtgefühl und die Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Allgemeinheit außerordentlich entwickelt. Der Einzelne ist in seinen Handlungen der Kontrolle der öffentlichen Meinung unterworfen und wird sich selten der Mitwirkung an den Aufgaben der Gemeinschaft entziehen können. Dieser Zustand ändert sich mit einem Schlage bei der Auswanderung. Die in den Städten Deutschlands lebenden ostjüdischen Siedlungen bestehen eigentlich aus lauter Einzelnen, die eine Kontrolle der Öffentlichkeit in ihrem privaten Leben überhaupt

nicht, geschweige in dem Maße, wie im heimischen Städtchen, kennen und die deshalb glauben, aller Pflichten gegen die Gemeinschaft, die dort eine Selbstverständlichkeit waren, ledig zu sein. In dieser Tatsache, die vielleicht bisher zu wenig beachtet wurde, dürfte die Erklärung dafür zu suchen sein, daß die jüdische Solidarität im Osten so außerordentlich entwickelt ist und bei den ostjüdischen Siedlungen in Deutschland (wie wohl auch im übrigen Westen) sogar noch weit hinter der der deutschen Juden zurückbleibt.

Es ist die wichtigste und stärkste Aufgabe der Gesamtarbeit für die Ostjuden, die, sie selbst für ihre eigenen Interessen zu aktivieren, sie aufrütteln und ihr Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Es ist tief betrüblich, in welchem Zustande die wenigen sozialen und politischen ostjüdischen Organisationen Deutschlands sich befinden. Vielleicht vermag das ungeschminkte Hinweisen auf diese Tatsache, das Verantwortungsgefühl in ostjüdischen Kreisen aufzurütteln und diese auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Es ist für dieselben in ihrer Gesamtheit beschämend, daß sie selbst an Arbeit und Mitteln so wenig zu dem beitragen, was sowohl von zentralen Stellen, wie das Arbeiterfürsorgeamt, das nahezu als mustergültig angesehen werden kann, wie auch von lokalen Wohlfahrtsorganisationen für sie geschieht. Vor allem die ostjüdische Jugend wird sich endlich aufraffen müssen, die Pflicht zu erfüllen, die die ältere Generation versäumt hat. Für alle diejenigen Stellen aber, die Arbeit für die Ostjuden leisten, ist es an der Zeit, daran zu gehen, zu allen Aufgaben die Ostjuden selbst aufs stärkste heranzuziehen, ihnen die Mitwirkung so regelmäßig und eindringlich nahezulegen, daß die ostjüdischen Organisationen, die bestehen nicht umhin können, sich an dieser Arbeit, die sie selbst als nächste betrifft, entsprechend zu beteiligen.

Jakob Reich.

Ostjuden und Volkswirtschaft

v. Dr. Grete Pinner u. Fritz Hammerschlag.

Dieser Aufsatz erschien im Heft 11/12 des IV. Jahrganges der „Neuen Jüdischen Monatshefte". Inzwischen hat sich manches geändert. Dennoch bleibt er interessant und aktuell genug, um den Abdruck zu rechtfertigen. Die Schriftleitung.

I.

Die wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen in Rußland und seinen Randstaaten, besonders Polen und dem ehemaligen Galizien, haben für die jüdische Minorität dieser Länder katastrophale Folgen gehabt. Durch den Untergang des Handels, die Bildung eines polnischen Mittelstandes, durch Boykott und maßlose antisemitische Propaganda ist die Lage der jüdischen Massen bis ins tiefste erschüttert worden. Das ökonomische Gesetz, nach dem die Bevölkerungsbewegung vom Punkte des höchsten zum Punkte des geringsten sozialen Druckes verläuft, hat sich mit elementarer Gewalt durchgesetzt und schon jetzt die geschlossenen Grenzen der westlichen Staaten durchlöchert. Aber der eigentliche Strom ostjüdischer Auswanderer harrt noch darauf, daß die Wiederkehr geordneter Zustände den Weg zum Ziel, nämlich Amerika, Palästina und die westeuropäischen Länder, weiter öffnet.

Die Wanderungsbewegung der Ostjuden und ein bisher wohl kaum bei irgend einem Volk mit dieser Schnelligkeit beobachteter Prozeß der Proletarisierung, der in kurzer Zeit die jüdischen Massen aus einem Volk von Händlern in ein Volk von proletarischen Arbeitern verwandelt hat, sind historische Tatsachen. Zu verhindern sind diese Tendenzen nicht und auch Deutschland, das als Einwanderungsland augenblicklich leider keine Reize hat, hat schon heute eine einigermaßen bedeutende ostjüdische Durchwanderung. Der Realpolitiker hat also die Aufgabe, die Gefahren, die mit einem stärkeren ostjüdischen Zuzug unstreitig verknüpft sind, auf das geringste Maß herabzusetzen und sogar die starken Kräfte, die im jüdischen Proletariat enthalten sind, fruchtbar zu machen.

Das Prinzip unnachsichtiger Ausweisungen ist nur für kurzsichtige Menschen diskutierbar. Selbst wenn man geneigt ist, Ostjuden erbarmungslos in unerträgliche ökonomische Bedingungen, in die Arme polnischer Pogromhelden und unbarmherziger Justiz — denn viele sind militärpflichtig — zurückzujagen, muß man aus der Erfahrung lernen, daß massenhafte Ausweisungen zwar die Zahl der Einwanderer vermindern, die Gefahren der Einwanderung aber nur vermehren können. Die eigentliche Gefahr liegt nämlich nicht in der für ein Millionenvolk wie das deutsche völlig verschwindenden Zahl der Einwanderer, sondern in ihrer Existenzlosigkeit. Nur wenn jüdische Einwanderer, in Massen in der Großstadt zusammengedrängt, auf illegale Weise ihr Leben fristen, bilden sie eine Gefahr. Durch Ausweisungen würde man die üblen Elemente unter den Ostjuden, Goldschieber usw. gerade nicht treffen, würde aber die Existenzlosigkeit geradezu zum Gesetz erheben, würde die Fälschung von Legitimationspapieren, die Zusammendrängung in den Großstädten (weil man sich dort am besten versteckt halten kann) und das Schiebertum von Amtswegen fördern. Die Ausweisung würde die ostjüdischen Arbeiter in Massen zwingen, der behördlichen Kontrolle sich zu entziehen und auf ungesetzliche und volkswirtschaftlich gefährliche Art sich durchzuschlagen.

Das einzige würdige und zugleich radikale Mittel gegen alle Gefahren der Einwanderung ist die Eingliederung der ostjüdischen Arbeiter in die deutsche Volkswirtschaft durch Verteilung über den gesamten Arbeitsmarkt. Die wenigen tausend jüdischer Arbeiter, die es in Deutschland gibt, erscheinen nur dem ganz an der Oberfläche der Dinge haftenden Theoretiker als eine Konkurrenz für den deutschen Arbeiter. Trotz der Not des Arbeitsmarktes, die im übrigen von Woche zu Woche geringer wird, können die jüdischen Arbeiter mit Leichtigkeit in die deutsche Volkswirtschaft eingegliedert werden, wenn es eine Stelle gibt, die sich dieser Aufgabe besonders widmet.

Die deutschen Arbeitsnachweise können diese Forderung nicht erfüllen, weil sie trotz aller Zentralisationsbestrebungen des Arbeitsmarktes doch wesentlich örtlichen Bedürfnissen dienen und die jüdischen Arbeiter dank den Bestimmungen des Demobilmachungsamtes in den meisten Großstädten nicht unterbringen können. Dazu kommt, daß ihre Beamten in ihrer gänzlichen Unkenntnis der besonderen Verhältnisse dieser Einwanderer (Sprechweise, berufliche Vorbildung, Mangel an Zeugnissen und Papieren) nicht geneigt sind sich der Flüchtlinge besonders anzunehmen.

Nur eine jüdische Organisation, die durch ihre menschliche Einstellung fähig und gewillt ist, alle Schwierigkeiten zu überwinden, vermag es, die eingewanderten Ostjuden aus ihrer rat- und hilf-

losen Lage zu befreien und ihnen zu einer gesicherten Existenz zu verhelfen. Ein jüdischer Arbeitsnachweis muß den gesamten Arbeitsmarkt übersehen, politische Schwierigkeiten, die sich der Einstellung jüdischer Arbeiter entgegenstellen, überwinden und durch persönliches Eingehen auf die physische und psychische Fähigkeit und die Vorbildung jedes Einzelnen die Arbeiter richtig auf die offenen Arbeitsstellen verteilen.

In Erkenntnis dieser Tatsache entstand nach der Revolution in Berlin das Jüdische Arbeitsamt. Damals begann die Einwanderung aus dem Osten in größerem Maßstabe. Dazu wurden Tausende von ostjüdischen Arbeitern, die während des Krieges für die deutsche Kriegsindustrie angeworben waren, entlassen. Seine Tätigkeit erwies sich bald als so notwendig, daß die Behörde das Jüdische Arbeitsamt als gemeinnützigen Arbeitsnachweis anerkannte und dem Landesarbeitsamt anschloß. Um den deutschen Arbeitsmarkt vollständiger zu erfassen, als es von einer einzelnen Stelle aus möglich ist, wurden im Laufe der nächsten Monate von der Zentralstelle Berlin aus Zweigstellen in den verschiedensten Gegenden, besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet errichtet.

II.

Seit Anfang des Jahres 1919 liegen in den Jüdischen Arbeitsämtern die Meldungen von zirka 6000 Ostjuden vor, die die Arbeitsvermittlung in Anspruch nahmen.

Die folgenden statistischen Angaben sind Durchschnittszahlen aus den Meldungen der letzten 6 Monate, da vorher keine Erhebung über Herkunft und Beruf gemacht wurde.

Von den sich meldenden Arbeitern gaben als Geburtsland an:

Polen	76 %
Galizien	11 %
Litauen	3½%
Ostseeprovinzen	1 %
Gr. Rußland	6 %
Ukraine	1½%
Verschiedene Länder	1 %
	100 %

Die aus Gr. Rußland und der Ukraine stammenden Juden waren meist ehemalige Kriegsgefangene, die noch nicht in ihre Heimat zurückkonnten. Die überwiegende Mehrzahl der anderen stand im Alter von 18—24 Jahren und war daher militärpflichtig. Nur etwa 5% waren verheiratet.

Beruflich gliedern sich die Gemeldeten wie folgt:

Landwirtschaft	3,69%
Industrie und Handwerk	68,30%
Handel und Verkehr	11,13%
Freie Berufe	2,62%
Verschiedene Lohnarbeiter ohne Angabe	14,26%
	100,00%

Die unter „Industrie und Handwerk" gerechneten obigen 68% gliedern sich weiter wie folgt:

Bekleidungsgewerbe (Schneider, Mützenmacher, Kürschner)	29,00%
Metallarbeiter (Schlosser, Klempner, Elektromonteure, Schmiede)	14,80%
Nahrungsmittelgewerbe (Bäcker, Schlächter, Konditor)	10,70%
Schuster und Schäftemacher	10,00%
Übertrag	64,50%
Übertrag	64,50%
Holzgewerbe (Tischler, Zimmerer, Schreiner)	4,40%
Weber	4,00%
Sattler, Lederarbeiter	3,00%
Friseure	2,50%
Buchdrucker, Schriftsetzer	2,30%
Buchbinder	2,00%
Maler, Anstreicher	2,00%
Uhrmacher	2,00%
Fabrikarbeiter	8,20%
Verschiedene (Drogisten, Tapezierer, Gerber, Glaser, Goldschmiede usw.)	5,10%
	100,00%

In der folgenden Tabelle sind die Angaben von Ruppin *) den im Arbeitsamt ermittelten gegenübergestellt.

Berufs-Abteilung	Es waren tätig in den nebenstehenden Berufs-Abteilungen von je 10000 Juden			
	Deutschland	Österreich	Rußland	Angaben des Arbeitsamtes
Landwirtschaft . .	128	1142	381	369
Industrie u. Handwerk	2151	2867	3463	6830
Handel und Verkehr .	4972	3826	4315	1113
Öffentl. Dienst, fr. Berufsarten . . .	647	723	630	262
Lohnarbeit wechselnder Art . .	210	543	661	
Ohne Angaben .		522	150	1426
Selbständige ohne Beruf	1892	377	400	

Aus einem Vergleich der Zahlen des Arbeitsamtes mit denen Ruppins geht hervor, daß eine starke Abwanderung aus dem Handel ins Handwerk und besonders in die Industrie im Laufe der letzten Jahre stattgefunden hat. Metallarbeiter wie Schlosser, Dreher, Klempner, Monteure, die Ruppin in seiner Berufsstatistik der Ostjuden überhaupt nicht erwähnt, bilden heute schon ein Siebentel aller gewerblich vorgebildeten Arbeiter, eine Tatsache, die durch die dazwischenliegenden Kriegsjahre mit ihrer besonderen Industrie bedingt war. Entsprechend scheint der Prozentsatz der Schneider gesunken zu sein, denn während nach einer Ruppinschen Statistik unter allen überhaupt gewerblich Vorgebildeten 50% Schneider waren, stellt das Arbeitsamt nur 29% für Angehörige des Bekleidungsgewerbes fest, in denen noch dazu Mützenmacher, Kürschner usw. enthalten sind. Allerdings muß man dabei, wie überhaupt bei den Berufsangaben, berücksichtigen, daß sich nur ein Teil, wenn auch ein erheblicher, aller Flüchtlinge, im Jüdischen Arbeitsamt meldet, während die Ruppinsche Statistik die Zahlen eines amerikanischen Einwanderungsamtes verwendet. Da in Deutschland die Nachfrage nach Schneidern außerordentlich groß ist, ist anzunehmen, daß ein nicht unbedeutender Prozentsatz eine Arbeitsstelle findet, ohne die Vermittlung des Jüdischen Arbeitsamtes in Anspruch zu nehmen.

*) Dr. Arthur Ruppin, „Die Juden der Gegenwart". Jüdischer Verlag, Berlin 1918.

Bei dieser Gelegenheit sei eine der unverständlichsten Maßnahmen des Berliner Demobilmachungsamtes erwähnt, das bei dem notorischen Mangel an Schneidern den Meistern die Einstellung von Gesellen, die vor dem 1. August 1914 nicht in Berlin beschäftigt waren, verbietet. Gesuche um Befreiung von dem bestehenden Verbot werden bei Ostjuden fast immer abgeschlagen.

III.

50—70% der sich Meldenden konnte durch die Vermittlung der jüdischen Arbeitsämter untergebracht werden. Der Prozentsatz der Untergebrachten schwankt für die einzelnen Monate und Gegenden, da örtliche Verhältnisse, Jahreszeit und besondere Vorkommnisse, Streiks usw. hierbei mitsprechen. Seit Anfang 1920 steigt diese Zahl mit der Besserung des deutschen Arbeitsmarktes ständig. Für das rheinisch-westfälische Industriegebiet beträgt im Januar und Februar ds. Js. der Prozentsatz der in Arbeitsstellen Untergebrachten etwa 90% der Meldungen.

Gewisse Kategorien gelernter Arbeiter werden in Deutschland verlangt und können ohne Mühe in ihrem Fach Beschäftigung finden. Es handelt sich hier z. B. um gut gelernte Schneider, Schuster, Schäftemacher, Tischler, Schreiner, Zimmerleute, Maler, Schlosser, Schmiede und Elektromonteure. Selbst so weit entsprechende deutsche Arbeiter vorhanden sind, ist die Besetzung der freien Stellen in manchen Gebieten schwierig, da der schwer bewegliche, angesessene und oft verheiratete deutsche Arbeiter für den interlokalen Stellenausgleich schwer zu verwenden ist. Der ostjüdische Arbeiter, der fremd nach Deutschland kommt, ist beliebig zu verschicken. Auch nimmt er mit der primitivsten Schlafstelle vorlieb, sodaß er durch die Wohnungsnot nicht in dem Maße wie der deutsche Arbeiter gehindert wird.

Schwierigkeiten stellen sich dagegen der Unterbringung ungelernter Arbeiter entgegen, zu welchem auch diejenigen Kategorien gelernter Arbeiter gerechnet werden müssen, deren Gewerbe augenblicklich in Deutschland brach liegt. (Z. B. Schlächter, Bäcker.) Es sind dies weit mehr als 50% aller sich Meldenden.

In den ersten Monaten nach der Demobilmachung erschien als die einzige Möglichkeit die Unterbringung ungelernter Arbeiter in der Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft litt durch das Herausziehen der Kriegsgefangenen und das Ausbleiben der polnischen Wanderarbeier an Leutenot. Es war ein Experiment, das das Jüdische Arbeitsamt nur aus Not gezwungen unternahm, als es städtische Arbeiter auf das Land brachte. Ebenso wie bei den Versuchen mit den arbeitslosen deutschen Stadtarbeitern mißglückte dies zum Teil. Denn die Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft, mit ihren geringen Löhnen, ihrer schlechten Behandlung und primitiven Wohnverhältnissen, die auf die anspruchslosen polnischen Wanderarbeiter zugeschnitten waren, zeigten sich in vielen Fällen unerträglich für den städtisches und jüdisches Milieu des Ostens gewöhnten Arbeiter. Immerhin bewährte sich eine verhältnismäßig große Zahl, sodaß das Arbeitsamt auch in diesem Jahre ostjüdische Arbeiter in geringem Maße nach sorgfältiger Auswahl in die Landwirtschaft vermittelte. Als besonders gute Landarbeiter bewiesen sich die Chaluzim *), die durch ihre Einstellung auf die Landarbeit in Palästina für die Umschichtung besondere psychische Energien mitbrachten.

Ungelernte Arbeiter in die Industrie unterzubringen, schien in den ersten Monaten nach der Demobilmachung unmöglich. Der deutsche Arbeitsmarkt war überfüllt mit ungelernten Arbeitern, und die Vorschriften des Demobilmachungsamtes verhinderten die Unternehmer in den meisten Großstädten, besonders aber in Berlin selbst, neu hinzugezogene Arbeiter einzustellen.

Bei einem genaueren Beobachten des Arbeitsmarktes stellte sich aber heraus, daß nach wenigen Monaten in einigen Hauptzentren der deutschen Industrie, vor allem im rheinisch-westfälischen Industriegebiet der Arbeitsmarkt für neue Arbeiter aufnahmefähig war.

Zuerst verlangten die Kohlenzechen neue Arbeitskräfte, da vor allem anderen die Kohlenproduktion gesteigert werden mußte und die alte Belegschaft bei der Schichtverkürzung, der Unterernährung, den Kriegsverlusten und dem Ausbleiben der ausländischen, besonders der italienischen Arbeiter nicht ausreichte. Nun begannen auch immer mehr Zweige der Industrie neu zu arbeiten, denn sie mußten nicht nur den Bedarf des ausgehungerten deutschen Warenmarktes befriedigen, sondern auch Lohnarbeit fürs Ausland übernehmen, um einen Gegenwert für die notwendige Lebensmitteleinfuhr zu haben. Es handelt sich hier um eine Tendenz, die sich immer deutlicher auswirkt und nach kurzer Zeit den Wert jeder Arbeitskraft, also auch der des jüdischen Arbeiters, erkennen lassen wird.

Nachdem zuerst durch Vertrauensleute jüdische Arbeiter vereinzelt in Gruben und Fabriken untergebracht worden waren, begründete das Berliner Jüdische Arbeitsamt Zweigstellen in Duisburg und Cöln, um die Möglichkeiten des Arbeitsmarktes systematisch zu erfassen. Es fanden hier nicht nur die schon oben erwähnten Kategorien gelernter Arbeiter (Schlosser, Monteure, Tischler usw.), sondern auch Ungelernte als Hilfsarbeiter in Gruben, Zechen, Hütten, Gießereien, Stahlwerken, bei Ent- und Beladearbeiten, bei Erd- und Bauarbeiten usw. Beschäftigung. Die jüdischen Ar-

*) Palästina-Pioniere.

beiter bewährten sich gut und zeigten sich selbst der Arbeit unter Tage, wie sich bei der ärztlichen Voruntersuchung auf den Gruben ergab, in vielen Fällen körperlich gewachsen.

Die Unterbringung von jüdischen Arbeitern in der Industrie hat sich mit der wachsenden deutschen Produktion von Monat zu Monat gehoben. Für die letzte Zeit beträgt der Anteil der vermittelten Arbeiter durchschnittlich:

als Landarbeiter	10%
als gelernte Industriearbeiter u. Handwerker	35%
ungelernte Industriearbeiter und Lehrlinge	55%

Bei einer Steigerung seiner Mittel wird es dem Jüdischen Arbeitsamt möglich sein, die Zahl der untergebrachten ungelernten Arbeiter, die schon im Monat Februar in Duisburg allein zirka 400 betrug, beträchtlich zu erhöhen. Eine ergänzende Fürsorgetätigkeit, wie sie das Jüdische Arbeitsamt für Rheinland-Westfalen schon heute ausübt (Herberge, Küche, Arbeitskleidung, Vorschüsse) wird in allen Industriezentren die Möglichkeit geben, noch Hunderten von ostjüdischen Arbeitern nach kurzer Wartezeit geeignete Arbeitsstellen zu verschaffen.

Ein geringer Prozentsatz der Arbeitslosen, der weder etwas gelernt hat noch kräftig genug ist, um als Land- oder Industriearbeiter tätig zu sein, wird, besonders so lange die Vorschriften des Demobilmachungsamtes nicht aufgehoben sind, immer zurückbleiben. Für ihn gibt es nur eine Hilfe: die Unterbringung in Arbeiterkolonien und die Ausbildung in leicht erlernbaren Berufen.

IV.

Auch wenn in absehbarer Zeit die jüdische Emigration nach Amerika, Palästia oder die westeuropäischen Länder in größerem Maßstabe einsetzt, wird das Jüdische Arbeitsamt für Deutschland seine Bedeutung behalten. Es wird dann ein wesentliches Glied in der Weltorganisation werden, welche die Aufgabe auf sich nimmt, die den Osten verlassenden jüdischen Massen nach den richtigen Stellen zu lenken und ihre Kräfte fruchtbar zu machen.

Feuilleton

Der Zaddik vom Dorfe.

(Schluß.)

„El melech neëmon,“ drillt der Rebbe in ihn hinein, und Jaschek denkt bei sich: „El melech neëmon“ ist so ein Spruch, den man hersagen muß, um von den Schweizern in Gottes Palast eingelassen zu werden...

Indessen hat er ein Gebet anderer Art für Gott. Ein Gebet ohne Worte. Ein Gebet, das in seinem Herzen wächst, seine Seele ausfüllt und schwellt und das aus ihm herausströmt im... Pfeifen.

Will er beten, dann legt er zwei Finger in seinen Mund, spitzt die Lippen und bläst tüchtig zu; und sein Gebet schallt durch den Wald.

Und Gott versteht ihn wohl. Ihn und sein Gebet.

Aber Jaschek pfeift nur dann, wenn er fühlt, daß er pfeifen muß... Und Gott — sinnt er — liegt irgendwo auf freiem, duftendem Felde und lauscht seinem Pfeifen mit Behagen und hat seine Freude an dem Pfeifen.

Und nicht er allein pfeift. Alle — das weiß er — pfeifen. Wenn Nassik, der Dorfhund, plötzlich zu knurren anfängt, mit seinem Schwanz wedelt, zum Himmel aufsieht und bellt, sagt Jaschek: Nassik dawnet. Wenn die weiße Kuh vom Felde abends heimkommt mit langgezogenem, traurigem „Muh“, denkt er, sie dawnet. Der „Bolan“ dawnet auf andere Weise; er tollt umher, stellt sich auf die Hinterfüße, richtet den Kopf hoch und macht „Br... Br“ — Alle dawnen, sogar die Frösche im Wasser: „Quak, quak!“ Einer nach dem anderen...

* * *

Jaschek ist dreizehn Jahre alt geworden. Es ist vor dem Neujahrfest; und er kann immer noch nicht das Sch'ma sagen, obwohl der Rebbe nichts weiter in ihn hineinzutrichtern sucht: nur das Sch'ma, damit man ihn in die Stadt mitnehmen könne.

Denn einen neuen Zwillichanzug hatte Jaschek schon bekommen, ein Paar Stiefel und eine neue Mütze. Alles zu den Feiertagen. Nun soll er aber auch das Sch'ma beten können.

* * *

Die Synagoge ist voll Andächtiger. Langgezogene tränenerfüllte Töne, von abgerissenen, halben, leiderstickten Klagen durchsickert, hört man das schwere Gebet des Rabbi Amnon „Un'ssane taukef“. Und wie unterdrücktes Weinen dringt es plötzlich heraus aus der Frauenschul; und Jaschek mit seinem neuen Zwillichanzug, die blonden Haare hervorlugend unter der zurückgeschobenen Mütze, horcht auf und läuft dann von seinem Platze nach vorn und stellt sich seitwärts gegenüber dem Vorbeter hin. Aber der Siddur, den ihm sein Vater gekauft hat, damit es so aussehe, als ob er bete, gleitet ihm aus den Händen: Jaschek steht mit weit aufgerissenen Augen und guckt. Er hört nichts und fühlt nichts. Er steht und blickt nur mit starren Augen auf den Vorbeter und auf die weinenden Juden. Da sieht er den weißen Vorhang vor der heiligen Lade mit den goldenen Buchstaben: „Heilig dem Ewigen“, und er denkt bei sich: Dort muß Gott sein, dort... dort hinter dem Vorhang!

Von der Galerie blickt seine Mutter herab. Sie sieht ihren Sprößling, wie er dasteht und starrt, wie der Siddur seinen Händen entfallen ist, und sie seufzt: „Ein Bauer ist er, ein geborener Goi.“ Und der Vater blickt ihn scheu unter seinem Talles hervor an und fleht: „Allmächtiger, denk auch an ihn!“

Aber Jaschek regt sich nicht und starrt nur vor sich hin... Alle weinen, alle beten; alle schreien zu Gott. Wie gerne täte ers auch!

Er will auch zu Gott beten; er will auch, — nicht weinen, nicht schreien — nur danken und Gott loben will er, für alles, alles danken... Er bückt sich nieder, hebt seinen Siddur wieder auf, schlägt das Sch'ma auf und beginnt: „El.. me.. lech.. ne.. mon.“ Aber dieses Gebet ist nichts für ihn. Er versteht es nicht. Das ist nur ein Spruch. Er will danken und loben, ehrlich und treuen Herzens. Aber er hat Angst vor der großen Menge, die so ganz anders betet. Doch der Drang zum Beten besiegt seine Angst, und Gott ist stärker als alle. Er muß...

Und er legt die Finger an den Mund; und ein lauter Pfiff schneidet durch die weinende Gemeinde...

* * *

Alles ist wie vom Donner gerührt. Wer pfeift da am heiligsten Orte?... Der Vater will ihn am Arme packen und hinausbringen. Die Leute wollen ihn schlagen.

Da dreht sich plötzlich der heilige Rabbi von seinem Stand an der Misrachwand um und fragt:

„Wo ist der Heilige, der Zaddik, der das böse Verhängnis zerrissen, der den Himmel durchbohrt hat, damit unsere Gebete durch die bleiernen Wolken hineindringen können zu Gottes Thron?“ ...

Von dem Heiligen war nichts mehr zu sehen. Er hatte den Tempel verlassen und war, die Stiefel auf der Achsel, übers Feld schon ins Dorf heimgelaufen.

Zionistentag in München.

Tagung des zionistischen Gruppenverbandes für Bayern und Württemberg am Samstag, den 5. und Sonntag, den 6. November 1921.

Der diesjährige Gruppenverbandstag für Bayern und Württemberg soll in München am 5. und 6. November ds. Js. stattfinden.

Der beherrschende Eindruck des Karlsbader Zionistenkongresses läßt sich dahin zusammenfassen:

„Der Aufbau Palästinas ist trotz aller Krisen und Rückschläge möglich, erfordert aber, daß das ganze jüdische Volk, daß insbesondere jeder Zionist vom Präsidenten in London bis zum einfachen Schekelzahler in der kleinsten Gemeinde seine Pflicht tut. Sache des einzelnen Zionisten ist es, seine Kraft in in den Dienst des jüdischen Volkes zu stellen, Sache der zionistischen Organisation, ihre Mitglieder zur Tatbereitschaft zu erziehen, die verfügbaren Kräfte zusammenzufassen und sie an der richtigen Stelle einzusetzen. Zur Erfüllung dieser organisatorischen Aufgabe sind in Deutschland in hervorragendem Maße die Gruppenverbände berufen, die bei der zunehmenden Ausdehnung der deutschen Organisation und der dadurch naturgemäß geringer werdenden Fühlung zwischen der Leitung in Berlin und den Trägern der Arbeit in der Provinz allein imstande sind, die Arbeit der Ortsgruppen wirksam anzuregen und zu beeinflussen. Der Gruppenverband darf aber, soll er seine Bestimmung erfüllen, von den ihm zugehörigen Zionisten nicht als bürokratischer Verwaltungsapparat betrachtet werden, sie müssen ihn vielmehr als lebendige, wahrhaft demokratische Körperschaft und sich als deren mitverantwortliche Glieder fühlen. Weil es gilt, demokratischen Geist in diesem besten Sinne zu pflegen, darum kommt auch unserer demokratischen Institution, dem aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Gruppenverbandstag eine hohe Bedeutung zu, deren Erkenntnis den Vorsitzenden der Zionistischen Vereinigung für Deutschland trotz seiner Überbürdung mit wichtigen Geschäften veranlaßt, unseren Verhandlungen beizuwohnen.

Wir rechnen bestimmt damit, daß ein sehr großer Teil unserer Mitglieder, Delegierte und Nichtdelegierte, seinem Beispiel folgt und hoffen, daß ein Abglanz der ernsten und doch zukunftssicheren Kongreßstimmung auf ihm ruhen wird.

Programm des Zionistentages.

Samstag, den 5. November 1921, abends 8 Uhr im Hotel „Bayerischer Hof“, München, große öffentliche Tagung.

1. Begrüßung des Gruppenverbandstages durch die Zionistische Ortsgruppe München;
2. Referat des Herrn R.-A. Felix Rosenblüth-Berlin, Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung für Deutschland über: „Der Aufbau Palästinas und das Weltjudentum.“

Sonntag, den 6. November 1921, vormittags 9.30 Uhr pünktlich im oberen Saal des „Bauerngirgl“, München, Residenzstraße 20.

1. Referat des Sekretärs des Zionistischen Gruppenverbandes, Herrn Karl Glaser, Nürnberg, über: „Der Zionismus in Bayern und Württemberg, seine Arbeit und seine Aufgaben“;
2. Referat des Herrn Dr. Meinhold Nußbaum-Nürnberg, Vorsitzender des Zionistischen Gruppenverbandes für Bayern und Württemberg über: „Der Keren Hajessod“;
3. Referat des Herrn Dr. Elias Strauß-München über: „Unsere Gemeindepolitik“.

Nachmittags:

1. Ansprache des Herrn Rechtsanwalt Felix Rosenblüth;
2. Generaldebatte;
3. Anträge;
4. Endgültige Beschlußfassung über das Statut;
5. Decharge, Wahl des neuen Vorstandes.

Bestimmungen über die Wahlen zum Gruppenverbandstag gemäß § 10 des vorläufigen Statuts des Gruppenverbandes.

Sitz und Stimme auf dem Gruppenverbandstag haben:

1. die Mitglieder der Vorstandschaft,
2. ein Beauftragter der Zionistischen Vereinigung für Deutschland,
3. die gewählten Vertreter der Gruppen.

Jede Gruppe kann mindestens einen Vertreter für den Gruppenverbandstag wählen. Eine Gruppe mit mehr als 25 Mitgliedern kann für je 25 Mitglieder einen Vertreter wählen. Die Vertreter können mehrere Stimmen, jedoch nicht mehr als drei auf sich vereinigen.

In Ortsgruppen mit mehr als 200 Mitgliedern kann die Wahl der Vertreter im Wege der Verhältniswahl erfolgen.

Ausführungsbestimmungen des Gruppenverbandsvorstandes:

Unter „Gruppen“ sind Ortsgruppen zu verstehen. Zionisten in Orten ohne Ortsgruppe können einen Vertreter mit Sitz aber ohne Stimme auf den Gruppenverbandstag entsenden.

Die Wahlergebnisse aus allen Gruppen sind bis Sonntag, den 30. Oktober dem Vorstand des Gruppenverbandes, Nürnberg, Fürtherstr. 87, bekanntzugeben.

Mitteilungen der Zionistischen Ortsgruppe München:

Zionisten, die zum Gruppenverbandstag zu reisen beabsichtigen, müssen möglichst umgehend an das Büro der Ortsgruppe, Wagmüllerstr. 19, Mitteilung gelangen lassen, falls sie auf Besorgung von Unterkunft in München reflektieren. Für jugendliche oder unbemittelte Gesinnungsgenossen besteht in beschränktem Maße die Möglichkeit der privaten Aufnahme. Wer besonders billiges Quartier wünscht, möge dies angeben.

Am Sonntag, den 6. November findet wahrscheinlich ein gemeinsames Mittagessen statt, zu dem Anmeldungen sobald wie möglich nach München gesandt werden müssen.

Nähere Mitteilungen ergehen noch.

Der Vorstand des Zionistischen Gruppenverbandes für Bayern und Württemberg.

Dr. Nußbaum. Glaser.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Bar Kochba München. Leichtathletikabteilung. Bei der jüngst stattgefundenen Generalversammlung wurde mit großer Befriedigung festgestellt, daß wir auf Grund unserer zahlreichen Erfolge in den letzten zwei Jahren einen beispiellosen sportlichen Aufstieg genommen haben. Innerhalb dieser zwei Jahre sind wir von der C-Klasse in die höchste Klasse, die A-Klasse aufgerückt. In diesem Jahre wurden 31 erste, 32 zweite und 23 dritte Preise errungen; zusammen etwa 86 Preise. — Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: David Masur, 2. Vors.: Josef Orljansky, Kassier: Max Gröger, Schriftführer: Albert Kupfer, Sportwart: Albert Heumann, Zeugwart: Max Gröger, Beisitzer: Jos. Rosenbaum und der jeweilige Leiter der Jugendabteilung. — Das Wintertraining und die Waldläufe werden sofort aufgenommen. Das Hallentraining findet statt: Mittwoch von 7.30 bis 10.30 Uhr, die Waldläufe Donnerstag abend 7.30 Uhr in der Halle des Turnvereins Sendling, Plinganserstraße 84. Da unsere Einreihung in die A-Klasse im nächsten Jahre die höchsten Anforderungen an uns stellt, erwarten wir ohne jede weitere Aufforderung jedes Mitglied regelmäßig und pünktlich beim Training, welches von dem bekannten Sportsmann Walter Ball geleitet wird. Die Jugendlichen (Jahrgang 1904/05) üben in einer besonderen Riege zur selben Zeit unter Leitung von Josef Orljansky.

Handball. Die beiden beim Verband gemeldeten Mannschaften (1 Haupt- und 1 Jugendmannschaft) tragen Sonntag vormittags auf dem Sportplatz in Sendling Übungsspiele gegen Turnverein Sendling aus. Die Jugend spielt punkt 8.30 Uhr, die Senioren punkt 10 Uhr.

Turnabteilung. Das Turnen sämtlicher Abteilungen, das nunmehr wieder im vollen Umfange aufgenommen wurde, ist leider sehr schlecht besucht. Wir erwarten eine regere Beteiligung. Es turnen die Damen Mittwoch von 7.30 bis 9 Uhr, die Herren Montag von 7.30 bis 9 Uhr, die Mädchen Mittwoch von 6 bis 7.30 Uhr in der Schwindschule (Linie 7); die Knaben Mittwoch von 6 bis 8 Uhr im Realgymnasium, Klenzestraße 59. Die Vorstandschaft.

Spendenausweis

Glückwunsch-Ablösung.

Nürnberg-Fürth:

Ges. durch Stef. Löwengart-Fürth: Sally Löwengart 100.—, Ungenannt 100.—, Ungenannt 100.—, J. Weissenberg 50.—, N. N. 5.—, Eugen Rosenfelder 5.—, Albert Rosenfelder 5.—, E. Oberndörfer 5.—, Dr. Offenbacher 20.—, Stefan Löwengart 10.—.

Ges. durch Dr. M. Lorch: Dr. Max Lorch 100.—, Jakob Wechsler 20.—, Joachim Weißbarst 25.—, Frl. Dr. A. Schützer 20.—.

Ges. durch Erwin Kohn-Nürnberg: Frau Dir. Rafalowicz 10.—, Frau A. Schachno 5.—, M. Desser 10.—, A. Fuchs 5.—, J. Gegenherz 10.—, Dr. Regensburger 20.—, Dr. Nußbaum 50.—, Karl Glaser 20.—.

Stuttgart:

B. Lipper 150.—, M. Schäfer 100.—, Aug. Nathan-Cannstatt 100.—, N. Schlüsselberg 70.—, Herb. Gutmann 50.—, J. Münz 50.—, S. Finkstein 50.—, El. Schlüsselberg 30.—, L. Aschiel 15.—, Js. Katz 20.—, S. Gellhorn 20.—, M. Neuburger & Co. 20.—, Br. Löwenthal-Becknang 10.—, J. Hanauer-Cannstatt 10.—, A. Gutfreund 5.—, S. Friedrich 20.—, Fuchs 5.—, Spindel jun. 20.—, J. Aufrichtig 5.—, L. Mandellaub 10.—, A. Nußbaum 10.—, M. Puder 10.—, B. Schreiber 15.—, M. Katz-Eßlingen 30.—, Deutsch 25.—, G. Haspel 10.—, Fortgang 10.—, Frau Weißberg 5.—, Tobias 25.—, A. Birnbaum 10.—, S. Laub 25.—, B. Salzberg 20.—, Os. Pariser 10.—, M. Nowytarger 25.—, B. Kaiser 20.—, J. Gottlieb 5.—, L. Rubenfeld 10.—, S. Schönberg 10.—, Schattenfeld 10.—, B. Freundl 10.—, A. Schächter 20.—, B. Weißberg 10.—, Ch. Fußmann 10.—, Js. Pariser 20.—, Jsak Katz 20.—, M. Fußmann 10.—, M. Rimpel 10.—, M. Pariser 10.—, M. Teuchsler 10.—, Gebr. Ausübel 15.—, J. Weinschel 20.—, Em. Berger 20.—, Helfer-Obertürkheim 20.—, S. Jellinek 10.—, A. Rimpel 10.—, G. Katz 20.—, S. Becker 20.—, Osk. Weinschel 200.—, P. Lichter 30.—, Jos. Goldschmidt 5.—, Frl. Dr. Nördlinger 10.— = 1555.—.

Spendenausweis von Nürnberg-Fürth.

Für den Herzlwald: Einige Blau-Weiße danken Herrn Jacob Heinemann Cassel für Quartier 1 B. 25.—.

Für den Landfonds: Max Jacobi 100.—, Herr Jsaak Maier-Fischach anl. der Barmizwah seines Sohnes Leopold 100.—, Jsr. Kultusgemeinde Fischach 150.—.

Für den Nationalfonds: Trude Kochmann dankt Fam. Gutmann herzlich für gr. Gastfreundschaft 10.—, Paul Bing-Nürnberg 100.—, Dr. J. Bamberger 5.—, derselbe 20.—, M. Wolinsky 10.—, Max Fleischmann 10.—.

Büchsenleerungen: Geschwist. Langer 7.—, Frl. A. Reinauer 12.50, Frau S. Behar 17.75,

Martin Ullmann 11.55, Rud. Steinberg 6.55, Lippm. Weill 7.—, Ernst Braunschweiger 5.45, Leon Freidmann 40.—, H. Frankfurt 10.—, Frau Dr. Kronacher 10.10, Adolf Kohlmann 3.30, Frl. Dina Abusch 6.55, N. Rapaport 87.—, Mendel Nußbaum 17.95, K. Nußbaum —.65, Max Desser 5.—, Dr. J. Bamberger 26.—, Frl. Rosi Fuchs 2.47, Frau Anna Schachno 12.—, Z.-A. Singer 15.—, Frl. Lilly Vorhaus 26.35, G. Gegenherz 2.90, Frl. L. Schachno 4.70, Familie Flora Mainzer 3.—, Frau Paula Schwersenz 2.—, Jos Bernet 5.—, Siegfr. Elkan 5.—, Heinr. Gutmann 2.—, Dr. med. Ernst Bergmann 8.30, Moses Bauer 15.—, Simon Fichtelberger 30.—, Salli Levi 5.10, Bernh. Löwenstein 8.76 Albert Glaser 20.—, Fritz Löwenthal 5.—, Karl Halle 10.85.

Verantwortlich für die Redaktion: Meta Moch, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.